

Aus Mangel an Nestwärme

Das Bürgertum findet bei den Parteien keine emotionale Heimat mehr. Zulauf haben hingegen neue Protestbewegungen wie die in Stuttgart. Die Parteien müssen diese Gruppen einbinden – ohne ihnen nach dem Mund zu reden. **Ein Essay von Knut Bergmann**

„Der Protest wird bürgerlich“, heißt es in diesen Tagen zu den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21. Anwälte, Apotheker und andere zutiefst im Bürgertum verhaftete Personen gehen auf die Straße und äußern ihren Unmut. Eine Form der politischen Partizipation, die bisher nur dem links-alternativen Spektrum vorbehalten schien. Selbst Anzugträger demonstrieren und erproben außerparlamentarische Formen der politischen Artikulation. Nicht einmal die Treuesten der Treuen sehen sich offenbar durch die in Stuttgart regierenden Konservativen – egal ob im Rathaus oder im Landtag – noch vertreten. Wie konnte es nur so weit kommen?

Dass sich die Milieus weitgehend aufgelöst haben, ist mittlerweile Allgemeinwissen: Das katholische Landmädchen findet schon lange ebenso wenig den Weg von der Kirche direkt zu den Unionsparteien wie der Facharbeiter über die Gewerkschaft zur SPD. Es gibt nun mal nur noch wenige Menschen, die diesen Stereotypen entsprechen. Zum anderen aber haben die Parteien offenbar auch ihre Funktion als sozialer Heimathafen weitgehend eingebüßt.

Gesellschaftliches Engagement, gleich in welcher Form, entspringt fast immer persönlichen Motiven, etwa der Einsatz für den Kindergarten, in dem der eigene Nachwuchs untergekommen ist, oder die Arbeit in der Nachbarschaftsinitiative. Auch einer Partei beizutreten ist kaum je dem politischen Gestaltungsdrang allein geschuldet. Früher boten diese Institutionen politischer Willensbildung ihren Mitgliedern ein Sozialleben und persönliche Kontakte. Damit bedienten sie ein Lebensgefühl und offerierten eine Art politisch-emotionaler Heimstätte. Programmatik allein vermag Menschen kaum auf Jahrzehnte zu binden.

Protest als Lebensgefühl

Heute, in Zeiten vielfacher sozialer, medialer und auch politischer Konkurrenzangebote, ist die gefühlsmäßige Verwurzelung am ehesten noch bei den Grünen erkennbar – und dem Ostteil der Linkspartei. Die Ex-PDS ist nicht nur Ansprechpartner der Entfremdeten und der nach eigener Wahrnehmung Benachteiligten, sondern sie bietet auch immer noch eine Enklave des DDR-Heimatbiotops. Das allein erklärt jedoch nicht ihre Stellung als Volkspartei im Osten. Ihre dortigen Landesverbände machen erfolgreich vor, wie lokale Verwurzelung den sonst überall vorherrschenden Fliehkräften vorbeugen kann. Ansprechbarkeit, Serviceorientierung und Dienstleistungscharakter lautet die Erfolgsformel. Der bei jeder Partei anzutreffende „Narrensaum“ – Besserwissen, Ideologen und Sektierer – sorgt hier eher für eine nostalgische Note als für bürgerschaftliche Kolonialschäden. So lässt sich die aus der empfundenen Zurücksetzung motivierte Dauerrebellion gegen die real existierenden Machtverhältnisse in Wahlergebnisse ummünzen. Die Gefahr, für dieses Lebensgefühl in die (Regierungs-)Verantwortung genommen zu werden, ist gering.

Bei den West-Grünen wiederum wurde Ende der 80er- und in den 90er-Jahren eine ganze Generation von Aktiven in die Partei gespült, von denen früher ein Guteil auch im bürgerlichen Lager hätten landen können: „Ich wollte etwas politisch tun. Aber die von der Jungen Union und den Julis entsprachen nicht meinem Lebensgefühl: Das war eben grün“ – das sagt einer, der vor 15 Jahren VWL-Student mit Banklehrer war und damals schon zwei Kinder mit seiner Freundin hatte. Der Marsch durch die Institutionen ist nicht mehr nötig oder wird zumindest heute im gut ausgestatteten Golf – höchste Abgasnorm, selbstverständlich – auf der Überholspur genommen. Der noch aus den Anfangstagen der Grünen stammende Slogan „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ war nie weit entfernt vom christdemokratischen Motiv, die Schöpfung bewahren zu wollen. Habituell jedoch lagen sie damals weit auseinander – was sich, wie gesehen, geändert hat.

Strukturell zupass kam den Grünen in ihren Anfängen, dass sie gegen etwas waren. Den Slogans einer Protestbewegung – gegen Nachrüstung, gegen Atomkraft – folgt man leichter als einer Initiative, die für etwas plädiert. Aktuell wiederum kommt der einstigen Ökopartei der Verdruß über die Mitbewerber zugute. Es wäre jedoch ein Trugschluss zu glauben, dass dieser Frust sich eins zu eins in Wählerstimmen umsetzen ließe. Die größte Herausforderung wird sein, für die schon jetzt herausragenden Wahlergebnisse genügend Mandatsträger finden – dafür hat Bündnis 90/Die Grünen trotz eines deutlichen Anstiegs in jüngerer Zeit zu wenig Mitglieder. Die Fähigkeit, dauerhaft politische Verantwortung übernehmen zu können, indem sie Personal bereitstellen, unterscheidet Parteien von Bürgerbewegungen gleich welchen Lagers, die zeitlich begrenzt auf nur ein Thema abzielen. Bundespräsident Christian Wulff ist zuzustimmen in seinem Lob auf die Aktiven in Parteien, die wir alle „weniger kritisieren, sondern viel mehr ermutigen und belobigen sollten“.

Zu oft haben die Parteien oft die Schwäche des politischen Gegners mit eigener Stärke verwechselt. Die älteste Partei Deutschlands, die SPD, ist gegen diesen Fehler allerdings inzwischen gefeit – durch die weiter anhaltend miesen Umfragewerte, während die der Grünen anhaltend gut sind. Die Ursachen für den Zustand der einst mitgliederstärksten Partei Deutschlands liegen tief. Ehemals war sie im-

Die einstmal Identität stiftende Selbstgewissheit, einer Partei anzugehören, wirkt heute rückwärts gewandt

Entfremdet: An einem Bauzaun hängen Hunderte **Protestbriefe** gegen den Bahnhofsneubau Stuttgart 21 – das Bürgertum, so scheint es, kann mit den Parteien nicht mehr reden, sondern kommuniziert mit ihnen nur noch schriftlich

mer auch ein Sozialraum, doch das hat sich gewandelt. Als die Arbeiterklasse an den Rändern begann auszufransen, sorgten noch der gesellschaftliche Aufbruch der 60er-Jahre und Lichtgestalten wie Willy Brandt für emotionale Ankerpunkte.

Geblieben ist davon nicht viel. Wer die bestehenden Verhältnisse als ungerecht empfindet, protestiert gleich global und gegen G8-Gipfel. Die SPD, die keine Antwort auf die strategisch entscheidende Frage gefunden hat, was soziale Gerechtigkeit unter Bedingungen der Globalisierung bedeutet, wählt kaum mehr jemand als Vehikel der Veränderung. Die einstmal Identität stiftende Selbstgewissheit, der Partei der Gerechtigkeit und der Gerechten anzugehören, ist hohl geworden. Sozialdemokratische Tugendhaftigkeit erscheint momentan primär rückwärts gewandt. Trotzdem fühlen sich nicht einmal mehr eingefleischte Gewerkschaftsfunktionäre dort zu Hause – gemeinsam haben die einstigen Bündnisgenossen vor allem Nachwuchssorgen.

Das gilt auch für das andere Lager: Selbst wenn die CDU-Nachwuchsorganisation Junge Union noch immer viele junge Menschen mit dem Versprechen gleich gesinteter Geselligkeit in den Bann schlagen mag, findet kaum mehr ein Jungunionist den Weg in die Mutterpartei. Die Rede ist von nicht einmal zehn Prozent, die nach Überschreiten der Altersgrenze Mitglied in der CDU werden. Was ist heute noch konservativ? Das ist die zentrale, vermutlich niemals mit absoluter Gewissheit beant-

wortbare Identitätsfrage. Das Angebot reicht von „Kinder, Küche, Kirche“ bis hin zu Ursula von der Leyens Familienpolitik, von „Keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturreihen“ (Horst Seehofer) über die türkischstämmige Landessozialministerin Aygül Özkan bis hin zu den „Lesben und Schwulen in der Union“. Trotz – oder gerade wegen – dieser großen Spannbreite an Lebensgefühl ist die Union die Partei, die neben den Grünen noch über die meisten politischen Talente verfügt.

Schlummer dran ist die FDP, die nach einem Dutzend Wahlen im Aufwind nun in einen noch länger währenden Sinkflug überzugehen droht. Liberal zu sein hat nie eine herzwärmende Bindekraft entfalten können. Selbst in den besten Tagen der Partei war es eher kühl Intellektualität und betonte Individualität, die Frontleute wie Ralf Dahrendorf verbreiteten. In der Gegenwart, nach dem offenkundigen Bruch des alles andere überragenden Ein-Themen-Versprechens einer Steuersenkung, lässt sich die Frage noch schwieriger beantworten, warrum man die FDP noch wählen sollte. Die Lage ist so dramatisch, dass die Partei sogar in die Noelle-Neumann'sche Schweigespirale zu fallen droht, weil sich niemand mehr zu ihr bekennen mag. Ironisch gesagt: Die Anwälte und Apotheker stehen ja schon in Stuttgart auf der Straße, vielleicht sogar Seit' an Seit' mit den mehrwertsteuerbegünstigten Hoteliers. Liberale Geselligkeit wurde immer schon eher im Rotary- oder Golfclub zelebriert als im freidemokratischen Ortsverband.

Anschluss an die Bürgersgesellschaft

Selbst im Süden des Landes ist die Welt nicht mehr heil. Vermutlich ist das auch gut so. Gewöhnen wir uns also an eine Gesellschaft im Umbruch, wo die alten Linien aufweichen und sich neue Koalitionen bilden. Aus den Fehlern, die bei Stuttgart 21 gemacht wurden, lässt sich etwas lernen. Verpasst wurde bei dem Bahnhofprojekt offenbar, die Bürger vernünftig zu beteiligen. Genau dieses Versäumnis bietet einen Anhaltspunkt, wie Parteien und ihre Vertreter wieder stärker Anschluss an die Bürgersgesellschaft finden. Mittels partizipativer Verfahren wie Bürgerforen können betroffene Menschen frühzeitig in die Planung solcher Vorhaben einbezogen werden. Aber nicht nur Konflikte lassen sich so vermeiden, sondern auch politikferne Menschen in das Gemeinwesen hereinziehen. In einem Berliner Problembeirk verfügt, mittels eines Präventionsprojekts gegen Gewalt Jugendliche, die bis dahin mit der „res publica“ nicht allzu viel anzufangen wussten, für das Gemeinwohl zu aktivieren. In einem zweiten Schritt sind viele der Partei beigetreten. Der Schlüssel zum Erfolg dürfte gewesen sein, dass die Initiative überparteilich angelegt und an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientiert war – ihr Lebensgefühl wurde bedient.

Von den Parteien und ihren Protagonisten verlangt dies viel Offenheit und nicht zuletzt: Mut. Es gilt, Allzuständigkeitsansprüche über Bord zu werfen und der Kraft der Zivilgesellschaft zu vertrauen. „Zeit, das Visier zu öffnen“ hieß schon vor zwölf Jahren der Titel eines Buches des Christdemokraten Heiner Geißler, der jetzt als Stuttgart-21-Schlüchter wieder die politische Bühne betritt. Schon damals, nach den verlorenen Bundestagswahl 1998, trieb ihn die Sorge um, dass seine Union ihren Status als Volkspartei verlieren könnte. In der Tat, es ist Zeit, das Visier zu öffnen. Das gilt für alle Parteien. Als Protestbewegung, so sehr sie auch ein Lebensgefühl bedient, hat keine von ihnen eine Zukunft.

Knut Bergmann ist Fellow der Stiftung Neue Verantwortung in Berlin und Mitautor der „Zehn Thesen für eine politische Partei mit Zukunft“.



Ulrich G. Albrecht

ULRIKE SOSALLA WIR SIND SO 80ER



Wir reden über Integration und meinen unsere Angst vor dem Fremden. Dann sollten wir das auch sagen

In der Integrationsdebatte ist ja nun fast alles gesagt. Deshalb ist es an der Zeit, sich dem zuzuwenden, was nicht gesagt wird. Es fängt schon an. Nehmen wir mal das Wort „Ausländer“. Das hört man in den letzten Tagen wieder ab und zu.

Vorher kaum. Und das in einem Land, das seit Wochen ein Thema diskutiert, in dem Menschen, die früher Ausländer genannt wurden, die Hauptobjekte der allgemeinen Ereiferung sind. Aber jetzt mal ehrlich: „Ausländer“, das ist so 80er.

Dann doch lieber über Integration reden. Das klingt nach mehr. Und ist auch mehr. Integration kann man schließlich nicht nur von Ausländern verlangen. Davon gibt es ja immer weniger, seit Deutschland im Jahr 2000 das Einbürgerungsrecht liberalisierte. Seitdem können immer mehr Leute Deutsche werden, die nicht so aussehen und nicht so sprechen. Und seitdem gibt es immer weniger Ausländer und immer mehr „Menschen mit Migrationshintergrund“. Das ist schon ein ganz anderer Ausdruck. Einer, der angetreten ist, um weniger zu verschweigen. Ein sperriger Begriff, eine Erfahrung von Statistikern, die es leid waren, dass ihre Statistiken ihnen wegen des geänderten Staatsbürgerschaftsrechts keine Aussagen mehr darüber liefern, ob die Schulversager und jugendlichen Straftäter nun richtige Deutsche waren oder andere. Ein

Begriff, der die Bewohner des Landes subtil in zwei Gruppen teilt, ohne Ansehen der Nationalität. Die Staatsbürgerschaft kann man wechseln, der Migrationshintergrund ist angeboren.

Doch verschweigt der Migrationshintergrund mehr, als er offenbart. Das Wort kommt mit einer gutmenschelnden Neutralität daher, es ist der größte gemeinsame Nenner und sehr allgemein: In ihm tummeln sich auch die dänische Mutter mit samt flachsblonder Tochter (süß), der japanische Diplomat (wichtig) und die Französische nebenan (der Akzent!). Das ist mehr als eine semantische Feinheit. Wer wüsste besser als Politiker, dass die besten Argumente nichts nützen, wenn sie nicht zugleich die treffendsten Begriffe benutzen. Sprache beeinflusst die Sicht auf die Welt. Umgekehrt wird ein diffuses Gefühl erst stark und mächtig, wenn es in Worte gekleidet, mit Nachbarn besprochen und durch Talkshows gereicht wird.

Das ist die kulturelle Leistung, die das Buch von Thilo Sarrazin über den deutschen Sprachraum gebracht hat: Er hat einem weitverbreiteten Gefühl Worte gegeben. CSU-Chef Horst Seehofer, der Instinktpolitiker, hat das begriffen. Das Gefühl ist: Die stören hier, all diese Menschen, die anders aussehen, anders leben und anders reden. Die Worte sind: Kopftuchmädchen, muslimische Deutschver-

weiger, islamische Unterwanderung. Worte, die einem diffusen Gefühl ein konkretes Ziel geben, konkrete Worte, die nichts zu verschweigen scheinen. So konkret, dass Seehofer schon nur von Menschen aus anderen Kulturreihen sprechen musste, damit jeder begreift, wen er meint.

Die anderen sind sprachlos: Grüne, SPD-Funktionäre, sofern sie nicht Heinz Buschkowsky heißen, hauptamtliche Integrationshelfer – all die, die in den 90er-Jahren für die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gefochten haben, weil sie hofften, dass die Ausländerfeindlichkeit abnehmen würde, wenn sie aus den Ausländern Deutsche machen. Jene, denen die Brandanschläge von Rostock, Mölln und Solingen in den Sinn kommen, wenn sie laut darüber nachdenken, wie schwierig es ist, wenn Menschen zusammenleben, die Sprache, Sitten und Verhalten der anderen nicht verstehen. Solche Zurückhaltung hat jetzt jeden Sinn verloren. Wer die Debatte nicht den vermeintlichen Klartextrednern überlassen will, muss selbst klare Worte finden.

„Integration“ ist keins davon, zu vieldeutig, zu allgemein, ein Verschweigerwort. So, als ob das Fremde, das Unbekannte irgendwann verschwinden würde, wenn sich alle nur genügend integrierten. Das wird es nicht. Die Frage ist, wie viel Frem-

des unsere Gesellschaft verträgt. Stört es uns, wenn Frauen Kopftücher tragen? Wenn ihre Männer drei Schritte vor ihnen laufen? Oder ist uns das egal, so lange sie Demokratie und Menschenrechte respektieren und ihre Kinder jeden Tag pünktlich zur Schule schicken? Stört es uns, wenn Menschen in der U-Bahn fremde Sprachen mit ihren Kindern sprechen? Ist einer schon integriert, wenn er Wohnung und Job hat, oder erst dann, wenn er die Salzillenschüssel abbaut, die das türkische Fernsehprogramm empfängt? Dass es nicht reicht, die bunte Republik Deutschland zu beschwören, ohne auf die Flecken im Bild hinzuweisen, hat sich herumgesprochen. Jetzt müssen wir uns noch einigen, was Flecken sind und was zum Bild gehört.

Vielleicht stellen wir ja auch fest, dass wir einfach nicht reif sind für ein buntes Deutschland. Vielleicht sollten wir den Menschen da draußen empfehlen, ihren Migrationshintergrund lieber irgendwo anders auszuleben. Klar, Deutschland schrumpft, wir haben bald nicht mehr genug Fachkräfte, von den Rentenzahlern ganz zu schweigen. Aber tut uns leid. Wir sind einfach so 80er.

E-Mail leserbriefe@ftd.de

Ulrike Sosalla ist Kommentarchefin der FTD. Sie schreibt jeden zweiten Freitag an dieser Stelle.